

Zeldins EPA-Ziel, die Vorschriften der Obama-Biden-Ära zu beenden, wird die Energieindustrie wiederbeleben

geschrieben von Chris Frey | 6. September 2025

Bonner Cohen

Mit seinem Vorschlag, das unter Obama getroffene “endangerment finding” aufzuheben, will EPA-Administrator Lee [Zeldin](#) nichts Geringeres tun als die wackelige rechtliche Grundlage zu zerschlagen, auf der über 15 Jahre lang gesellschaftsverändernde [Klima-Vorschriften](#) aufgebaut wurden.

Passenderweise wählte Zeldin einen Lkw-Händler im Mittleren Westen (Indianapolis), um die von der Obama-EPA 2009 getroffene Gefährdungsfeststellung anzufechten, die der US-Bundesregierung die Befugnis gab, die Auspuffemissionen der Fahrzeugflotte der Nation und damit auch die Emissionen von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken und anderen Industrieanlagen zu regulieren.

Die Obama-Regierung nutzte das Endangerment Finding, um die vorzeitige Schließung von Kohlekraftwerken durch Vorschriften zu erzwingen. Und die Biden-Regierung nutzte die Gefährdungsermittlung, um ein De-facto-Mandat für Elektrofahrzeuge durchzusetzen, indem sie mit Benzin und Diesel betriebene Fahrzeuge aus dem Verkehr zog – eine Regelung, die von der Trump-Regierung Anfang dieses Jahres gekippt worden ist.

„Die heutige Ankündigung wäre – so sie umgesetzt wird – die größte Deregulierungsmaßnahme in der Geschichte der Vereinigten Staaten“, sagte [Zeldin](#) flankiert von Vertretern der Lkw-Industrie bei der [Veranstaltung](#) am 29. Juli. Seine Behauptung ist keine Übertreibung.

Das endangerment finding beruht auf der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 2007 in der Rechtssache Massachusetts gegen EPA. In diesem Urteil wurde der EPA die Befugnis zuerkannt, Kohlendioxid (CO₂), Methan und andere Treibhausgase im Rahmen des Clean Air Act zu regulieren. Zwei Jahre später verloren die von Obama ernannten Politiker, die sich gerade bei der EPA niedergelassen hatten, wenig Zeit mit der Ausarbeitung des Endangerment Finding; sie erkannten die scheinbar begrenzten Möglichkeiten, die ihnen das Urteil des Obersten Gerichtshofs gegeben hatte.

Das Ergebnis war ein Ansturm von Vorschriften unter Obama und Biden, die auf die Dekarbonisierung des gesamten Landes abzielten, auf dem Weg zu einem staatlich gesteuerten Übergang zu einer grünen Wirtschaft. Vorschriften, die auf fossile Brennstoffe abzielten, wurden von großzügigen staatlichen Zuwendungen – Zuschüsse, Darlehen, Subventionen

– an politisch gut vernetzte Anbieter aller Arten von grünen Produkten und Technologien begleitet.

Für das Klimakartell war das Leben gut, und die Party würde ewig weitergehen. Zumindest dachten sie das. Während der Oberste Gerichtshof 2007 behauptete, dass die EPA die Befugnis habe, CO₂ und andere Treibhausgase als Schadstoffe zu regulieren, findet sich im Clean Air Act kein einziger entsprechender Passus. Im Juni 2022 entschied der Oberste Gerichtshof in der Rechtssache West Virginia gegen die EPA, dass Bundesbehörden eine ausdrückliche Ermächtigung des Kongresses benötigen, bevor sie Vorschriften erlassen, die „wichtige Fragen“ zu den wirtschaftlichen Auswirkungen aufwerfen. Das Gericht befand, dass der Obama-EPA die gesetzliche Befugnis gemäß dem Clean Air Act fehlte, um Treibhausgasemissionen von Kohlekraftwerken zu regulieren.

Nun will die Zeldin-EPA dieses Urteil zusammen mit anderen rechtlichen Argumenten nutzen, um die Gefährdungsermittlung abzuschaffen. Zeldins ursprüngliches Ziel ist es, die 2010 verhängten Treibhausgasnormen für leichte, mittelschwere und schwere Fahrzeuge und Motoren für schwere Nutzfahrzeuge allesamt aufzuheben. Aber es geht um viel mehr als nur um Kraftfahrzeuge. Sobald seine Regelung abgeschlossen ist und gerichtliche Anfechtungen überstanden hat (siehe unten), wird der Präzedenzfall für die Aufhebung aller Bundesvorschriften über Treibhausgasemissionen geschaffen sein.

Das werden die Umweltgruppen und ihre politischen Verbündeten nicht einfach so hinnehmen. Schließlich sehen sie sich mit der Aussicht konfrontiert, dass ein Großteil ihrer jahrzehntelangen Bemühungen, das Klima als Vorwand zu nutzen, um Macht über einen Großteil der amerikanischen Gesellschaft zu erlangen, auf den sprichwörtlichen Aschehaufen der Geschichte verbannt wird. Sie werden klagen.

Und das könnte genau das sein, was die Trump-Regierung will. Diese Klagen werden schließlich den Weg zum Obersten Gerichtshof finden. Das derzeitige Gericht ist jedoch das gleiche Gericht, das in den Fällen West Virginia gegen EPA und Loper Bright Enterprises gegen Raimondo, in denen es die Chevron-Dekretionsdoktrin aufhob, gegen Bundesbehörden entschieden hat, die beim Erlass von Vorschriften die Befugnisse des Kongresses überschreiten. Angesichts der jüngsten Erfahrungen des Obersten Gerichtshofes mit der Zurückdrängung des Verwaltungsstaates ist es sehr wahrscheinlich, dass er sich auf die Seite von Zeldin stellen wird.

Diese Überlegungen könnten letztlich dazu führen, dass das Gericht sein Urteil aus dem Jahr 2007 in der Rechtssache Massachusetts gegen die EPA überdenkt, mit dem der Gefährdungsstatus eingeführt wurde. Das Gericht ist nicht zimperlich, wenn es darum geht, Präzedenzfälle umzustößen, sei es Roe v. Wade oder die Chevron-Doktrin, die es Bürokraten erlaubt, die Bedeutung von zweideutig geschriebenen Gesetzen zu bestimmen. Was sollte den Obersten Gerichtshof daran hindern, das Urteil Massachusetts gegen

EPA aufzuheben und zu argumentieren, dass es Sache des Kongresses ist, Gesetze zur Regulierung von Treibhausgasen zu erlassen?

Aus Sicht der Trump-Regierung könnten rechtliche Anfechtungen von Zeldins Initiative durchaus ein Fall für sich sein: „,Komm in meine Stube‘, sagte die Spinne zur Fliege.“

This article originally appeared at [Human Events](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2025/08/30/zeldins-epa-goal-to-end-obama-biden-climate-mandates-will-revitalize-energy-industry/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE